

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Mal, wöchentlich monatlich 2 Mal, frei Haus, bei Postbestellung 1,20 Mark, sonst 1,30 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, unter der Adresse: Wilsdruffer Straße 206. Die Druckerei befindet sich in der Hauptstadt Dresden, unter der Adresse: Wilsdruffer Straße 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, unter der Adresse: Wilsdruffer Straße 206.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 207 — 98. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 6. September 1939

Das Ende einer schamlosen Weltlüge

Amerikanischer Journalist straft polnische Regierung Lügen

Die polnische Presse und der Warschauer Rundfunk verbreiteten die Mitteilung, deutsche Bombenflieger hätten das Kloster in Tschenschow in Trümmer geworfen. Bei dieser Gelegenheit sei das wunderartige Bild der Schwarzen Madonna von Tschenschow zerstört worden. Dem bekannten amerikanischen Journalisten J. P. Lochner wurde Gelegenheit gegeben, an Ort und Stelle die polnische Meldung zu überprüfen. Lochner gab nach seiner Rückkehr von Tschenschow vor der gesamten Auslandspresse heute folgende Erklärung ab:

Ich habe mich davon überzeugt, daß die polnische Behauptung über die Zerstörung des Muttergottesbildes von Tschenschow frei erfunden ist. Das Kloster und auch das Bild der Schwarzen Madonna sind völlig unversehrt.

Die Mitglieder des Ordens, die das Bild der Schwarzen Madonna betreuen, versehen nach wie vor ihren Dienst und halten täglich ihre religiösen Übungen ab. Der Prior des Ordens gab auf meinen Wunsch folgende Erklärung ab:

Kloster der D. D. Paulinen Tschenschow
Jadna Gora, den 4. September 1939.
(Heller Berg)

Hiermit erkläre ich auf Anfragen der deutschen militärischen Behörden, daß das wunderartige Bild der Tschenschower Muttergottes auf dem Hellen Berge (Jadna Gora) weder gestern beim Einmarsch der deutschen Truppen noch bis zur Stunde beschädigt wurde. Der Heller Berg hat bis dahin keinerlei Verluste erlitten.
gez. Vater Herbert Methewski.

Polens Botschafter im Dienste der Lügenpropaganda

Der bisherige polnische Botschafter in Berlin, Pizki, hat die Gelegenheit seines Zwischenaufenthaltes in Kopenhagen dazu benutzt, bei einem Empfang, an dem vor allem englische Journalisten teilnahmen, politische Erklärungen abzugeben, wobei er erneut in entstellender Weise den Verlauf der entscheidenden Zeit zwischen dem 23. und 31. August schilderte. Zu der Behauptung, er, Pizki, habe zum erstenmal in der Nacht zum Freitag erfahren, daß Deutschland Verhandlungsvorschläge ausgearbeitet habe, und Polen habe den Vorschlag ebenfalls nicht gefasst, bevor er in Deutschland als von Polen abgelehnt proklamiert worden sei, wird amtlicherseits festgehalten.

Nachdem die polnische Regierung bereits auf Grund des ihr von der britischen Regierung übermittelten deutschen Memorandums vom 22. August über den wesentlichen Inhalt der deutschen Forderung unterrichtet worden war, haben sowohl Herr Pizki wie seine Regierung von englischer Seite am Donnerstag des Donnerstags, den 31. August, auch von den Einzelheiten der inzwischen ausgearbeiteten deutschen Vorschläge Kenntnis erhalten.

Ebenso entstellend ist seine Feststellung: Er habe die härteste Vollmacht gehabt, die eine Regierung ausstellen könne, nämlich die, die einem Botschafter gegeben werde. Tatsache ist: Im Verlauf der Unterredung zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop und dem damaligen polnischen Botschafter Pizki am 31. August um 18.30 Uhr beantwortete Herr Pizki die wiederholten Fragen des Reichsministers, ob Herr Pizki zu Verhandlungen bevollmächtigt sei, mit einem klaren Nein. Auch die weitere Frage des Reichsaussenministers, ob der Botschafter mit ihm die in Frage stehenden Probleme sachlich diskutieren könne, verneinte der Botschafter ausdrücklich. Es ist nicht das erste Mal, daß sich polnische Diplomaten in diesen Tagen in die verdeckte Front der Lügenpropaganda gestellt haben.

Sehe gegen die deutsche Wehrmacht

Die Polnische Telegraphenagentur und die französische Havasagentur verbreiteten Lügenmeldungen, daß deutsche Flieger einen Zug des polnischen Roten Kreuzes mit Bomben belegt hätten, obwohl er deutlich mit dem Rot-Kreuz-Abzeichen entsprechend der Genfer Konvention versehen gewesen sei. In einer anderen Havasmeldung wird die Behauptung aufgestellt, in der Nähe von Lodz sei eine Kirche während der Messe bombardiert worden, wobei ein Geflüchteter und zahlreiche Gläubiger verletzt worden seien. Schließlich verbreitete Havas in gleicher Tendenz noch die Bombardierung einer Hilfsbaracke von Wladislav neben drei Rot-Kreuz-Jüden in der Nähe von Warschau. Zu diesem erneuten Versuch, durch unverantwortliche Lügenmeldungen die öffentliche Weltmeinung davon zu überzeugen, daß die deutschen Kampfhandlungen in Polen gegen die auch von Deutschland in feierlicher Form bestätigten Verpflichtungen des Völkerrechts verstoßen, wird von amtlicher deutscher Seite mitgeteilt, daß alle genannten Meldungen frei erfunden sind.

Die schamlose polnische Greuelbeize

Deutschland soll angeblich Gasbomben verwenden — Niederträchtige Lüge

Die polnische Regierung hofft scheinbar, durch verstärkte Greuelbeize gegen Deutschland ihrem Schicksal zu entgehen. Weiter den Geschmeiß ihren englischen Schutzmännern, behauptet die polnische Presse in London, daß sie aus Warschau die offizielle Bekätigung der Verwendung von Gas durch deutsche Flieger in Polen erhalten habe. Die deutschen Bombenflugzeuge, so heißt es in der offiziellen Erklärung, wirften Bomben und kleine Gasbomben ab, die mit Phosphor oder einem anderen Gas gefüllt seien.

Diese neuerliche schamlose Greuelbeize, deren Zweck klar auf der Hand liegt, verleiht sich würdig ein in die Fülle der Greuelbeizen, die Polen seinem Schutzherrn England unbefehligt unterbreiten kann. Großbritannien ist skandalös genug, um diesen Lügen in seiner Presse ein Echo zu verschaffen. Die Greuelbeizen des Weltkrieges wiederholen sich.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß deutsche Bombenflugzeuge mit Gasbomben operieren. Deutschland hält sich streng an die völkerrechtlichen Bestimmungen, während bis Monatsende nachweislich festgehalten werden konnte, daß Großbritannien nicht nur die Neutralität fremder Staaten brach, die neuen Greuelmärchen sollen vermutlich von den fortgesetzten Rechtsbrüchen Englands ablenken.

Die Lüge soll den Krieg gewinnen

„Athenia“-Schwindel in London weiter aufrechterhalten. — Giftsprüher gegen den Führer.

Der angebliche Untergang des englischen Fahraufschiffes „Athenia“, von der amtlichen britischen Vagenstelle zu Beginn einer neuen Verleumdungskampagne als angeblicher deutscher Torpedogriff gefarct, wird trotz amtlicher deutscher Widerlegung und trotz des Mißtrauens der internationalen Welt verblissen von der Londoner Presse weiterverbreitet.

Aus dem über die verbreiteten polnischen Niederlagen nimmt man die Geheimhaltung zum willkommenen Anlaß, um mit typisch britischer Schamlosigkeit den Führer des deutschen Volkes mit unflätigen Beschimpfungen zu überschütten zum Dank dafür, daß er sofort bei Konfliktbeginn Gebote der Menschlichkeit erfüllt, welche von der deutschen Wehrmacht strikt befolgt werden!

Besonders tut sich die der Regierung nahestehende „Times“ hervor und erklärt, sich, daß deutsche Staatsüberhaupt mit erbärmlichen Schimpfworten zu belügen. Auch „News Chronicle“ läßt den Unwillen darüber aus, daß ein Deutschlands Spitze eine überlegende Persönlichkeit steht, wie sie Großbritannien nie in der Vergangenheit hatte, geschweige denn unter jenen unfähigen Politikern, die jedoch England in den Krieg stürzten.

Englands Schuld am Krieg!

Amtliche Dokumente über die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise England sabotierte alle Friedensbemühungen

Wie DPA erfährt, erscheint ein amtliches Weißbuch über die letzte Phase der deutsch-polnischen Krise. Die in dem Weißbuch veröffentlichten Dokumente ergeben, wie zusammengesetzt, das folgende Bild:

Polens Provokationen beginnen

1. Anfang August erhielt die Reichsregierung Kenntnis von dem Schriftwechsel zwischen dem Vertreter Polens in Danzig und dem Senat der Freien Stadt, wonach die polnische Regierung die Zurücknahme einer angeblichen, in Wahrheit gar nicht erlassenen Anordnung des Senats hinsichtlich der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren mit kurzer ultimativer Frist und unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gefordert hatte. Dies gab der Reichsregierung Veranlassung, der polnischen Regierung am 8. August mitzuteilen, daß eine Wiederholung solcher ultimativen Forderungen eine Verschärfung in den deutsch-polnischen Beziehungen herbeiführen würde, für deren Folgen allein die polnische Regierung verantwortlich sein werde. Zugleich wurde die polnische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufrechterhaltung der von Polen gegen Danzig getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen die Freie Stadt zwingen würde, sich nach anderen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten umzusehen. Die polnische Regierung beantwortete diese Mitteilung der Reichsregierung mit einem der Deutschen Botschafter in Warschau übergebenen Aide-Memoire vom 10. August, das in der Feststellung gipelte, Polen werde jede Intervention der Reichsregierung in Danziger Angelegenheiten, die die dortigen polnischen Rechte und Interessen schädige, als Angriffshandlung ansehen.

Chamberlain mischt sich ein

2. Am 22. August richtete der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain unter dem Eindruck der Meldungen über den bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein persönliches Schreiben an den Führer. Darin wurde einerseits der feste Entschluß der britischen Regierung, ihre Bündnispflicht gegenüber Polen zu erfüllen, und andererseits die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß es geboten sei, zunächst wieder eine Atmosphäre des Vertrauens herzustellen, und die deutsch-polnischen Probleme auf dem Weg von Verhandlungen durch ein international zu garantierendes Abkommen zu lösen.

Der Führer legte in seiner Antwort vom 23. August die wahren Ursachen der deutsch-polnischen Krise dar. Er wies besonders auf seinen großzügigen Vorschlag vom März d. J. hin und stellte fest, daß die damals von England aus verbreiteten falschen Nachrichten über eine deutsche Mobilisierung gegen Polen, die ebenso unrichtigen Behauptungen über deutsche Angriffsbefehle gegenüber Ungarn und Rumänien und endlich die Polen zugesicherte Garantie Englands und Frankreichs die polnische Regierung dazu ermutigt hätten, nicht nur das deutsche Angebot abzulehnen, sondern eine Kette von Terrorakten gegen die deutsche Volksgemeinschaft in Polen zu entfesseln und Danzig wirtschaftlich abzusperren. Inzwischen erklärte der Führer, daß Deutschland sich durch keine wie auch immer gearteten Einschüchterungsversuche davon abbringen lassen werde, für die Wahrung seiner Lebensrechte einzutreten.

Die Friedensbemühungen des Führers

3. Als das erwähnte Schreiben des britischen Ministerpräsidenten vom 22. August und ebenso auch die am folgenden Tag von den britischen Staatsmännern gehaltenen Reden jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermischen ließen, entschied sich der Führer, doch noch einen neuen Versuch zu machen, um mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Er empfing am 25. August den britischen Botschafter, ließ ihm noch einmal in aller Offenheit seine Auffassung über die Lage dar und teilte ihm die Grundlinien seiner Auffassung, auf welche Sicht bemessenen Verständigung zwischen Deutschland und England mit, die er nach Vereinnahmung des Danzig und Korridorvermögens der polnischen Regierung anbot.

4. Während die britische Regierung über die bevorstehende Mitteilung des Führers bereit, fand ein Briefaustausch zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Paul-Baudry und dem Führer statt. Der Führer begründete in seiner Antwort wiederum ausführlich den deutschen Standpunkt in der deutsch-polnischen Krise und wiederholte noch einmal seinen festen Entschluß, die gegenwärtige deutsch-französische Grenze als endgültig anzuerkennen.

5. In ihrer am 23. August abends übergebenen Antwort auf den Schritt des Führers vom 22. August gab die britische Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, auf den Gedanken einer Neuevaluierung der deutsch-englischen Beziehungen einzugehen. Ferner teilte sie mit, daß sie von der polnischen Regierung die bestimmte Zusicherung erhalten habe, mit der Reichsregierung in direkte Verhandlungen über die deutsch-polnischen Krisen einzutreten. Dabei wiederholte sie, daß nach ihrer Auffassung ein deutsch-polnisches Abkommen durch internationale Garantien gesichert werden müsse. Trotz der schweren Bedenken, die sich aus dem ganzen bisherigen Verhalten Polens ergaben, und trotz der berechtigten Zweifel an einer aufrichtigen Bereitschaft der polnischen Regierung zur unmittelbaren Verständigung nahm der Führer in seiner dem britischen Botschafter am 29. August nachmittags übergebenen Antwort den britischen Vorschlag an und erklärte, daß die Reichsregierung mit dem Entschluß einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Vertretung am 30. August rechte. Zugleich kündigte der Führer an, daß die Reichsregierung die Vorschläge einer für sie akzeptablen Lösung sofort ausarbeiten und diese, wenn möglich, bis zur Ankunft des polnischen Unterhändlers auch der britischen Regierung zur Verfügung stellen werde.

Polen und England treiben zum Krieg

6. Während des 30. August traf in Berlin wieder ein polnischer bevollmächtigter Unterhändler nach auch eine Mitteilung der britischen Regierung über die von ihr unternommenen Schritte ein. Dagegen erhielt die Reichsregierung an diesem Tage die Nachricht von der Anordnung der allgemeinen polnischen Mobilisierung. Etwa am Mitternacht übergab der britische Botschafter ein neues Memorandum, das indes keinerlei sachlichen Fortschritt in der Behandlung der deutsch-polnischen Fragen anwies, sondern sich auf die Mitteilung beschränkte, daß die Antwort des Führers vom vorhergehenden Tage der polnischen Regierung übermittelt werden sollte und daß die britische Regierung es für unmöglich halte, die deutsch-polnische Fühlungnahme am 30. August herzustellen.